

Das Modell Deutschland wankt

Welt, 25.07.2022, Thomas Straubhaar

https://www.welt.de/wirtschaft/plus239954899/Inflation-Energiekrise-schwacher-Euro-Das-Modell-Deutschland-wankt.html?sc_src=email_2583855&sc_lid=256974133&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_lid=5414&sc_cid=2583855&cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft&sc_eh=94c824e22aa172ca1

Pandemie, Inflation, Energiekrise, schwacher Euro: Die Ballung der jüngsten Krisen überfordert die deutsche Politik und Wirtschaft. Die agieren an der Grenze ihrer Handlungsfähigkeit. In dieser Situation gibt es nur einen Weg, den Standort D wieder zu stärken.

Der Schneeballeffekt beschreibt treffend, wie bedrohlich die Situation für Deutschland geworden ist. Im Hochgebirge kann das Lostreten einzelner, harmloser Schneebällchen im Verbund mit anderen Schneemassen eine gefährliche Lawine in Gang setzen, die alles niederwalzt, was sich ihr in den Weg stellt.

Risikoarme und einfach zu bewältigende Einzelprobleme ballen sich zu einer alles zerstörenden Katastrophe. Das ist es, was in Deutschland geschehen kann, aber nicht passieren darf. Viele Schneebälle sind in jüngerer Vergangenheit ins Rollen gekommen.

Dazu gehört die Pandemiebekämpfung, die mit dazu führte, dass Produktionsabläufe eingeschränkt, globale Lieferketten gestört und durchbrochen wurden. Plötzlich fehlen in Warenhäusern Dinge, die vorher im Überfluss verfügbar waren. Die Preise steigen, vor allem für Roh- und Baustoffe.

Der russische Überfall auf die Ukraine hat die Energiepreise noch einmal dramatisch nach oben getrieben. Das führte dazu, dass die Inflation aus dem Ruder lief. Die Jahresteuersatzrate erreichte mit 7,6 Prozent im Juni lange nicht mehr gekannte Höhen.

Als Folge davon wird die Kaufkraft von Löhnen und Ersparnissen in einer Dimension entwertet, die bei vielen weniger Gutsituierten Existenzprobleme verursacht. Mancher Haushalt weiß heute noch nicht, ob er im kommenden Winter die Heizrechnung bezahlen kann.

Die Liste der Hiobsbotschaften wird mit jeder Woche länger. Der Fall des Euro-Wechselkurses provozierte Befürchtungen über eine neue Euro-Krise. Mit einem Wert von zeitweise weniger als einem Dollar ist ein Euro so billig wie zuletzt vor 20 Jahren. Spekulationen über einen Zerfall der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion gewinnen an Überzeugungskraft.

Die Querelen rund um Nordstream 1 erhöhen das Risiko, dass die Gasversorgung für Industrie und privaten Gebrauch gegen Jahresende nicht mehr sichergestellt werden kann. Entsprechend fürchten sich viele vor einem kalten Winter. Schließlich wird immer offensichtlicher, dass durch den eingeschränkten Weizenexport aus der Ukraine Hungersnöte für ärmere Gesellschaften wahrscheinlicher werden.

Gut geübte Lösungen

Keines der Probleme allein bedroht die Zukunft Deutschlands existenziell. Nichts ist neu oder unlösbar. Im Gegenteil: Alles war schon einmal da, für vieles gibt es gut eingeübte Gegenmaßnahmen.

Etwa in der Inflationsbekämpfung mit Zinserhöhungen oder in der Energiepolitik mit einem Rückgriff auf Energieträger, die (noch!) reichlich verfügbar sind wie Kohle oder Kernkraft. Neu und brandgefährlich jedoch ist die Gleichzeitigkeit der Krisen und dass sich zwischen einzelnen negativen Ereignissen selbstverstärkende Kettenreaktionen abzuspielen beginnen, deren Folgen ungewiss, kaum kontrollierbar und schwer abzuschätzen sind – typische Schneeballeffekte.

So müssen Gewerkschaften nahezu zwangsläufig auf den Kaufkraftverlust der Löhne ihrer Mitglieder reagieren. Tun sie das nicht, dürften sich (zu) viele fragen, wozu Arbeitnehmervvertretungen noch gut seien und weshalb sie Mitgliedsbeiträge überweisen.

Mit an sich verständlichen hohen Ausgleichsforderungen beschleunigen Gewerkschaften jedoch eigendynamische Preis-Lohn-Kostenspiralen. Damit wird es immer schwieriger, den Inflationsgeist wieder in die Flasche zurückzusperrern.

An der Stelle beginnt der Schneeballeffekt, seine zerstörerischen Kräfte zu entfalten. Was als Gegenmaßnahme im Einzelnen wirken würde, bleibt in einer Kettenreaktion nicht nur wirkungslos, sondern kann negative Folgen sogar verstärken.

Etwa, wenn gemäß den Lehrbüchern die Notenbanken nun eigentlich durch ein Anheben der Leitzinsen auf die nach oben schnellenden Inflationserwartungen reagieren müssten. Dadurch würde die gesamtwirtschaftliche Nachfrage schwächer und die Teuerungsdynamik geringer.

In den USA ist man bereits dieser Lehrbuchlogik gefolgt. Aber der Erfolg blieb bescheiden, trotz steigender Leitzinsen wälzt sich die Inflation weiter voran. Im Juni erreichte sie mit 9,1 Prozent dort den höchsten Stand seit Dezember 1981. Offenbar sind traditionelle Lehrbuchmaßnahmen bei Weitem nicht mehr so wirksam, wie sie es einst waren. Schneeballeffekte folgen einer anderen Logik als Einzelereignisse.

Das Zögern der EZB wird bestehende Probleme verschärfen

Wie sehr die Sorge vor weiteren Kettenreaktionen den herkömmlichen Problemlösungen die Hände bindet, lässt sich am zögerlichen Verhalten der Europäischen Zentralbank (EZB) ablesen. Die EZB fürchtet – wohl nicht zu Unrecht – , dass ein Auftauchen aus der Unterwelt der Negativ- und Nullzinsen und eine Anhebung der Leitzinsen die Wirtschaft in eine Rezession stürzt, zumindest in den schwächeren Euro-Staaten.

Aus Angst zögert sie zu lange und wird die Zinswende zu spät und zu schwach vollziehen. Damit löst sie jedoch eine andere Kettenreaktion aus, die bestehende Probleme weiter verschärft: den Währungskurszerfall des Euro.

Vor Kurzem sackte der Euro-Kurs wegen der zögerlichen EZB-Politik unter die Dollar-Parität ab. Wer will sein Geld schon in einer Währung anlegen, deren Kaufkraft Jahr für Jahr so stark schwindet, wie es momentan beim Euro der Fall ist?

Also verkaufen viele ihren Euro gegen andere Währungen, denen sie mehr Stabilität und eine verlässlichere Sicherung der Kaufkraft zutrauen, wie beispielsweise dem Schweizer Franken oder dem US-Dollar.

Die Abwertung des Euro aber bedeutet, dass die Importpreise und damit die Teuerung insgesamt weiter ansteigen, ein Phänomen, das „importierte Inflation“ genannt wird. Das führt zur völlig ungewollten Konsequenz, dass Deutschland für russisches Gas und Öl mehr als zuvor bezahlen muss und mittlerweile eine negative Handelsbilanz ausweist – also mehr Geld für Importe ausgibt, als es über Exporte einnimmt.

Mit der Gleichzeitigkeit und den Wechselwirkungen der einzelnen Krisen tun sich Demokratie und Rechtsstaat besonders schwer. Das Deutschlandmodell hat in der Vergangenheit ordentlich funktioniert. Im Normalfall, wenn zwischen einzelnen Krisen Verschnaufpausen lagen, fand man genügend Zeit, nach klugen Lösungen zu suchen, die von möglichst großen Bevölkerungsteilen mitgetragen wurden. Damit hat man viele Einzelkrisen recht gut gemeistert.

Die Ampel ist zu langsam

Beim Schneeballeffekt versagt aber das Deutschlandmodell der bedächtigen Konsenssuche. Allein schon bis in einer Ampel-Regierung mit einem breiten Interessenspektrum ein einheitliches Vorgehen beschlossen wird, ist die Lawine längst ins Rollen gekommen.

Das Deutschlandmodell gelangt auch deshalb an seine Grenzen, weil es – durchaus im Sinne eines Großteils der Gesellschaft – die Bevölkerung vor Veränderungen schützen und Bestehendes bewahren will.

Beispielsweise steht auf dem Arbeitsmarkt der Erhalt von Beschäftigungsverhältnissen im Vordergrund, obwohl es heutzutage weit klüger wäre, die Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten. Wer nämlich zu lange und zu stark an Altbewährtem festhält, wird von den Ereignissen überrollt und hechelt den Verwerfungen hinterher.

Dann wird oft sprunghaft reagiert, mit politischer Hektik, Aktivismus und Notstandsmaßnahmen. Ideen wie Wohngeld- und Heizkostenzuschüsse, Übergewinn- oder Vermögensteuern, Tankrabatte und Neun-Euro-Tickets zur aktuellen Minderung der Inflationsfolgen liefern mehr als genug Belege für die These, dass derartige Staatseingriffe in der Regel zu spät kommen, zu undurchdacht sind und zu ungenau wirken.

Sie provozieren Mitnahmeeffekte, Missbrauch, Umgehung und ungewollte Ergebnisse. Staatliche Unterstützung fließt am Ende meistens auf die Konten der Starken und nicht wie beabsichtigt in die Taschen der Schwachen. Beispielsweise führt zweckgebundenes Wohngeld dazu, dass die Vermieter einfach die Mieten erhöhen und so die staatlichen Transfers abschöpfen, die eigentlich den Mietern mehr Verhandlungsspielraum geben sollten.

Die Flüchtlingspolitik Mitte der 2010er-Jahre oder die Pandemiebekämpfung bieten Anschauungsunterricht, wie wirkungslos vieles bleibt, wie viel Frustration dadurch in der Bevölkerung erzeugt wird und wie immer mehr Menschen das Vertrauen in die staatliche Krisenpolitik verlieren. Das verdeutlicht schon der böse Vorwurf des „Kontrollverlusts“.

Neue Weltordnung

Als wäre das alles nicht bereits mehr als genug der schlechten Nachrichten, kommt das Deutschlandmodell auch durch weltpolitische Schneeballeffekte zusätzlich unter Druck. Die lange Zeit immens erfolgreiche deutsche Außenhandelsstrategie setzte auf den Verkauf im Inland hergestellter Güter und Dienstleistungen ans Ausland.

Amerika zahlte, und Deutschland profitierte. So lässt sich auf den Punkt bringen, was Grundlage des Wirtschaftswunders und danach der Erfolg der deutschen Exportwirtschaft war. Die USA finanzierten einen Schutzschirm für Westeuropa. Er sorgte im Kalten Krieg nicht nur militärisch für die Sicherheit der europäischen Verbündeten.

Er war auch Grundlage und Garant für eine Weltwirtschaftsordnung, bei der die Macht des Rechts galt und das Recht des Stärkeren geächtet wurde. Spätestens mit der Präsidentschaft von Donald Trump ging diese Zeit zu Ende.

Wer „America first“ fordert, kann und will nicht einem US-Amerikaner überzeugend erklären, warum die USA den Großteil der Kosten tragen, Deutschland aber seit Jahren seine Versprechungen nicht wirklich einhält, einen substanziell größeren Beitrag zu Rüstung und Militär auszugeben. Da sind auch die 100 Milliarden Euro für den Bundeswehr-Sonderfonds nur ein Tropfen auf einen heißen Stein.

Wer Sicherheit oder Freihandel bestellt, muss künftig selbst dafür bezahlen. Für Deutschland wird dadurch vieles viel teurer werden. Im Übrigen wird das Verursacherprinzip zum prägenden Ordnungsprinzip der Weltwirtschaft werden.

Es wird auch bei Klima und Umwelt, Arbeitsbedingungen und Sozialstandards zur Anwendung kommen. Die Zeit des Vertuschens und des Überwälzens von Kosten auf schwächere Volkswirtschaften oder kommende Generationen ist abgelaufen. Was über Dekaden als Billiglohnländer oder Billig-Urlaubsparadiese ausgenutzt wurde, war eben immer eher unlautere Fiktion als nachhaltige Wirklichkeit.

Die USA werden Europa vor die Wahl stellen

Für Deutschland wird es keine Politik des „Sowohl-als-auch“ mehr geben. Die USA werden Europa vor die Wahl stellen. Entweder wählen sie die USA als strategischen Verbündeten und machen sich damit China zum Erzfeind. Oder sie entscheiden sich für die Volksrepublik und verzichten auf transatlantische Bündnisse (und damit wohl auch auf den militärischen Schutzschild der USA für Europa).

Schneeballeffekte mit ihren schwer vorhersehbaren Folgen provozieren somit eine Zeitenwende. Was das für Deutschland bedeutet und was darauf folgt, ist schwer vorauszusehen. Aber mehr Resilienz anzustreben könnte sich als kluge Verhaltensweise erweisen.

Resilienz als Schlüsselstrategie

Dieser Modebegriff zielt auf eine rasche und zweckmäßige Anpassungsfähigkeit an vielschichtige neue Umstände. Resilienz will nicht so sehr Bekanntes und Bestehendes bewahren. Sie ist auf die Bewahrung der Funktionsfähigkeit von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in neuen Zeiten ausgerichtet.

Resilienz ist Strategie, nicht Taktik. Sie denkt Politik vom Ende her, so wie das auch erfolgreiche Unternehmen tun. Resiliente Politik konzentriert sich darauf, lediglich die Ziele vorzugeben, aber möglichst alle Wege zur Erreichung der Ziele offenzuhalten.

Das „Wie“ überlässt sie dem Wettbewerb als Motor kluger Ideen. So sind die Chancen am größten, Schneeballeffekten erfolgreich zu trotzen. „Mehr Resilienz für Deutschland!“ ist die Forderung, die am effektivsten dafür sorgt, Kettenreaktionen zu verhindern und sich da, wo das nicht gelingen kann, gegen deren meist im Voraus ungewissen und unkalkulierbaren Folgen am besten zu schützen.